

Essay

Die Klima-Krieger

Die Kabale zwischen Alarmisten und Skeptikern verstellt den Blick auf das Wesentliche: dass der Mensch sich an die wärmer werdende Erde anpassen muss / Von Hans von Storch

In einigen Tagen beginnt die Weltklimakonferenz in Kopenhagen, und die Aufregung ringsumher nimmt zu. Auch in der Wissenschaft, wo derzeit zwei Gruppen um die Deutungshoheit kämpfen. Um die richtige Deutung, aus der sich angeblich unmittelbar politische Folgerungen ergeben. Eine Gruppe spricht von der letzten Chance, die Klimakatastrophe zu vermeiden, Wirtschaft und Gesellschaft klimakonform umzubauen, der Dritten Welt Gerechtigkeit zukommen zu lassen und so die Schuld der entwickelten Welt abzutragen. Diese „Alarmisten“ finden Unterstützung durch öffentlich bekannte Klimaforscher, die pessimistische, angeblich wissenschaftlich abgesicherte Zukunftsperspektiven veröffentlichen.

Klima Konferenz



Kopenhagen

Vor wenigen Tagen war es die „Kopenhagener Diagnose“, die auf die bisherige Dramatik noch einmal aufstellte. Mit den üblichen Zutaten: der Auswahl von dramatischen Einzelaspekten und Einzelansichten, die emotionalisieren sollen, oder dem inzwischen berühmten „Trick“, Daten aus verschiedenen Quellen so zusammenzusetzen, dass das richtige Resultat entsteht; mit der Wiederholung von Behauptungen, die sich als falsch oder zumindest als problematisch erwiesen haben; kurz: mit den schon altbekannten Mitteln zur Dramatisierung der öffentlichen Kommunikation. Pech, dass zum Zeitpunkt der Veröffentlichung die Nachricht von den im Climatic Research Unit (CRU) der University of East Anglia im britischen Norwich gestohlenen E-Mails herauskam. Der elektronische Verkehr belegt, wie Forscher versucht haben, unliebsame Ergebnisse von Kollegen zu unterdrücken und erwünschte Ergebnisse mit „Tricks“ zu konstruieren. Doch nicht nur in dieser Hinsicht stellt sich die Rolle von einigen der 26 Autoren in diesen E-Mails als zumindest problematisch dar.

Die CRU-Mails belegen nämlich vor allem die Gründung eines Kartells zur Durchsetzung der Sicht und Wahrnehmung seiner Mitglieder, das dafür sorgen soll, dass abweichende Meinungen im wissenschaftlichen Review-Prozess scheitern und, wenn nicht, dann zumindest im IPCC-Prozess keine Rolle spielen; dass wesentliche Vorgänge in der Gemeinschaft der Klimaforscher nicht den eigenen Interessen widersprechen und dass wesentliche Äußerungen mit den eigenen Ideen konsistent sind. Angeblich in der gut verstandenen Absicht, die „Skeptiker“ herauszuhalten (wegen ihrer negativen politischen Wirkung). Und was einen Skeptiker ausmacht, wird selbst bestimmt: nämlich jedermann, der eine andere Meinung hat.

Die extremen Vertreter dieser Spezies bilden den Gegenpol zur herrschenden Meinung: Für sie existiert der menschengemachte Klimawandel nicht oder ist zumindest insignifikant. Sie behaupten, dass er von einer ideologisierten Gruppe von Verschwörern (beziehungsweise Weltverbessern) ausgedacht und an den Tatsachen vorbei konstruiert wurde. Diese Skeptiker sehen sich durch die CRU-Mails bestätigt, dass hier eine als „Team“ bekannte, machtvolle Gruppe Daten und somit den ganzen wissenschaftlichen Prozess manipuliert hat. Sie betonen, dass derzeit die Temperaturen fallen und dies ein schlagender Beweis dafür sei, dass es sich bei der Behauptung vom menschengemachten Klimawandel nur um eine im Widerspruch zu empirischen Beobachtungen stehende Hypothese handelt. Die CRU-Mails seien „Nägel im

Sarg des menschengemachten Klimawandels“. Und das Treffen in Kopenhagen im Dezember könne, ja solle man am besten gleich absagen.

Der Klimagipfel wird dennoch stattfinden. Ich erwarte eine Reihe von schön klingenden Erklärungen („greenwash“), von denen einige vermutlich wirklich umgesetzt werden. Die Temperatur aber wird dennoch weiter steigen – hoffentlich viel weniger als ohne Klimagipfel, aber vielleicht auch nur ein bisschen weniger.

Es ist unerfreulich, dass sich die sachliche, ruhige und ergebnisoffene Wissenschaft in einem politisch-wertgetriebenen Kraftfeld zwischen zwei machtvollen Polen wiederfindet. Doch so eine Situation entsteht nicht überraschend, sondern fast zwangswise – sie wird mit dem Ausdruck der „postnormalen Wissenschaft“ treffend beschrieben, wie schon früher im Falle des berühmten-berühmten Waldsterbens. In so einem Fall sind die wissenschaftlichen Aussagen unsicher, mit Vorbehalten versehen und nur schwierig zu falsifizieren; es entstehen fast automatisch vielerlei Gegenpositionen. Diese Vielstimmigkeit ist Ausdruck des wissenschaftlichen Erkenntnisvorgangs und nicht etwa die Folge davon, dass die beteiligten Wissenschaftler zu dumm sind, die „richtige“ Antwort zu finden. Erschwerend kommt hinzu, dass die möglichen Folgerungen jedes anerkannten Wissens als politisch signifikant wahrgenommen werden.

In dieser Situation geht es für die Politik darum, Entscheidungen wissenschaftlich zu legitimieren; die entsprechenden Wissensansprüche werden zu wesentlichen Ressourcen im Kampf um gesellschaftliche Entscheidungen. Nicht die Genauigkeit, die Widerspruchsfreiheit wissenschaftlicher Aussagen sind entscheidend, sondern die Akzeptanz der Ergebnisse in der Öffentlichkeit, in den Medien und unter Politikern. Die kritische Größe ist die politische Nützlichkeit, nicht die Wissenschaftlichkeit der Methodik, die an sich die Autorität wissenschaftlicher Aussagen begründet.

In gewisser Weise sind beide Gruppen, die Alarmisten und die Skeptiker, geistesverwandt. Sie haben beide eine festgelegte Weltsicht, und sie haben beide keine Hemmungen, Wissenschaft als Handlanger einer „guten Politik“ zu instrumentalisieren. Beide Gruppen beschädigen die Unabhängigkeit der gesellschaftlichen Einrichtung „Wissenschaft“, und beide beschädigen den demokratischen Willensbildungsprozess.

Es stellt sich die Frage, was für eine Art von Wissenschaft denn gesellschaftlich erwünscht oder erforderlich ist. Sicher nicht eine als Wissenschaft verkleidete Politik und auch kein Thinktank, der die Randbedingungen für vorab bestimmte werbasierte politische Programme herausarbeitet. Wohl doch eher eine unabhängige Einrichtung, die der Gesellschaft hilft, Probleme und komplexe Phänomene zu verstehen sowie die Nachteile und Vorteile von Lösungsmöglichkeiten zu identifizieren. Dadurch ermöglicht die Wissenschaft der Gesellschaft, rationale Entscheidungen, die konsistent mit dem Werthintergrund sind, zu bestimmen. Es ist ja das Vorrecht des demokratischen Systems, am Ende gemeinsam zu entscheiden und zu beschließen – auch wenn man heute unter aktivistischen Wissenschaftlern bisweilen Zweifel an der Zweckmäßigkeit dieses Systems hören kann.



Kritiker und Verfechter der Klimaerwärmung sind ineinander verstrickt und verheddert wie weiland Laokoön

Wissenschaft beantwortet also „Was wäre wenn“-Fragen – etwa diese: Was geschieht mit Temperatur, Wasserstand und Gebirgsfröhen, wenn wir unvermindert Treibhausgas in die Atmosphäre entlassen? Um wie viel wird die Temperatur noch steigen, wenn wir die Emissionen um 80 Prozent bis 2080 reduzieren? Wissenschaft kann nicht sagen, dass die Menschheit das Zwei-Grad-Ziel akzeptieren muss, aber sie kann sagen, was dazu nötig wäre. Es ist der demokratische Willensbildungsprozess der Gesellschaft, der darüber zu befinden hat, ob man sich das Zwei-Grad-Ziel vornimmt. Und genau das ist geschehen – die Gesellschaft will keine gefährlichen Klimaänderungen hinnehmen und glaubt, dass dieses Ziel gut beschrieben wird, wenn die Erde sich nicht um mehr als zwei Grad erwärmt. Dies ist eine gesellschaftliche Vereinbarung, keine wissenschaftliche „Wahrheit“. Und ich persönlich erwarte, dass diese Vereinbarung in Kopenhagen weiter gefestigt wird. Um der

Gesellschaft vernünftige Beschlüsse zu ermöglichen, braucht sie Wissen über die Dynamik, Zusammenhänge und Lösungsmöglichkeiten, welche die Wissenschaft kalt und leidenschaftslos zu erarbeiten hat. Der Katalog der Möglichkeiten beinhaltet so verschiedene Dinge wie die Vermeidung von Klimaänderungen durch Emissionsreduktion oder globales und lokales Geo-Engineering (etwa durch Rücknahme der Stadterwärmung), aber auch weitreichende Anpassungsmaßnahmen, um die Gefährlichkeit des gegenwärtigen und eines zukünftig veränderten Klimas zu vermindern.

Unerfreulicherweise hat das Klimakartell der Alarmisten eine Einengung der Diskussion der Möglichkeiten bewirkt. Es ist immer nur eine Option besprochen worden, die Vermeidung der Klimaerwärmung aufgrund verminderter Emissionen. Natürlich ist es eine wichtige Aufgabe, das gesellschaftlich legitimierte Zwei-Grad-Ziel politisch umzusetzen. Inzwischen ist aber

längst klar, dass ein vollständiges „Anhalten“ des menschengemachten Klimawandels in den nächsten Jahrzehnten unrealistisch ist. Es ist daher genauso wichtig und gesellschaftlich unmittelbar relevant, dass für die nicht mehr vermeidbaren Klimaänderungen weitreichende Anpassungsmaßnahmen erforscht, getestet und implementiert werden müssen. Mit ihrem Negieren beziehungsweise Dramatisieren helfen uns weder Alarmisten noch Skeptiker bei dieser Aufgabe. Sie lenken nur ab.

Der Autor ist Professor am Institut für Meteorologie der Universität Hamburg und seit dem Jahr 2001 Leiter des „Instituts für Küstenforschung“ am GKSS-Forschungszentrum in Geesthacht.

In dieser Reihe bisher erschienen: „Eure Sorgen sind nicht unsere Sorgen“ von der ungarischen Menschenrechtlerin Fiona Kobusingye

forum@welt.de

Weltlage



Michael Stürmer

Obamas Mann in Berlin

Jeder amerikanische Botschafter dient „at the President's pleasure“, manche mehr und manche weniger. Die „political appointees“ haben größere Nähe zum Oval Office als die Karrierediplomaten und können gelegentlich einen Telefonanruf an allen Dienstwegen vorbei nach oben senden. Karrierediplomaten haben dafür in der Regel breitere politische Erfahrung.

Seit 100 Tagen ist Botschafter Phil Murphy in Berlin. Er ist, wie er gelegentlich bemerkt, nicht Karrierediplomat, sondern Vertrauensmann des Präsidenten. Der Gegensatz zu den beiden von George W. Bush ernannten Vorgängern, der eine Berufspolitiker, der andere Industrieller, könnte nicht deutlicher ausfallen. Nicht nur, dass Murphy aus der Finanzwelt von Goldman Sachs kommt und zum Wahlfonds Obamas kräftig beigetragen hat. Er verfügt über starkes politisches Talent, gibt sich hörbare Mühe mit dem Deutschen und spielt einen jugendhaften Charme aus.

In der American Academy hatte er am Montagabend einen großen Auftritt.

Entfremdung und Krise im amerikanisch-deutschen Verhältnis? Davon wollte Murphy nichts wissen. Keine bilaterale Beziehung sei, vor dem Fall der Mauer wie seitdem, wichtiger für die amerikanische Politik als die mit Deutschland. Dabei verwies er auf den Eisernen Vorhang und jene rund 16 Millionen Amerikaner, die im Kalten Krieg in Deutschland gedient haben. Auf andere Weise sei die Zusammenarbeit seitdem von entscheidender Bedeutung, ob in Afghanistan – Deutschland stelle das drittgrößte Kontingent an Soldaten und leiste erhebliche Entwicklungshilfe –, ob in Klimafragen, ob bei der Neu-Erfindung der Nato. Die Störungen anlässlich des Irak-Krieges seien überwunden. Der Auftritt der Kanzlerin vor einer gemeinsamen Sitzung beider Häuser des Kongresses sei ein Zeichen dafür. Die Misslichkeiten in Sachen General Motors/Opel kamen nicht zur Sprache, und die knirschenden Reibungen nach dem Bombardement der beiden Tanklastwagen bei Kundus waren nicht mehr hörbar. Dagegen war deutlich zu spüren, dass die sichtbare Aktivierung des Präsidenten in Sachen Klimawandel auch auf das nimmermüde und manchmal nervende deutsche Drängen zurückzuführen ist.

„Engagement“ sei die Leitlinie der neuen Administration, und damit sei viel erreicht worden. Allerdings deutete der Botschafter – und da wurde er sehr ernst – auch die Grenzen an. Im Nahen Osten müsse es zum Siedlungsstopp der Israelis kommen. Und was den Iran und die verdächtige Nuklearaktivität betreffe, so gelte Verhandlungsbereitschaft. Scheitere diese jedoch an den Nullahs, „dann sind alle Optionen auf dem Tisch“. Was das bedeutet, braucht man niemandem mehr zu erklären. Kein Wunder, dass es plötzlich sehr kalt war in der wohltemperierten American Academy.

michael.stuermer@welt.de

Leserbriefe DIE WELT, Brieffach 2410, 10888 Berlin, Fax: (030) 2591-71608, E-Mail: forum@welt.de

Fragen der Toleranz

Zu: „Eine Verteidigung der Schweiz“; WELT vom 2.10., „Europa debattiert Minarett-Verbot“; WELT vom 1.12., und „Die Angst vor dem Islam“; WELT vom 30.11.

Bei aller Problematik des Verbots von Minaretten in den christlich geprägten Teilen Europas wäre darauf hinzuweisen, dass Minarette lediglich noch mittelalterliche Symbole darstellen und nicht die Glaubens-, Gewissens- und Bekenntnisfreiheit und das Recht auf freie Religionsausübung tangieren. Andererseits werden die als Speerspitze des Islam bezeichneten Minarette als Machtsymbole wahrgenommen, die nicht auf Integration, sondern auf eine Verstärkung einer Parallelgesellschaft gerichtet sind.

Die Angst vor dem Islam könnte auf ein unbestimmtes Gefühl der Menschen hindeuten, dass sich eines Tages in unserem Lande wegen der aggressiven Haltung einiger Extremisten und aus demografischen

Gründen die Mehrheitsverhältnisse ändern könnten. Dann würde sich die Frage der Toleranz nicht mehr stellen.

Dr. Günter Staub, Pforzheim

Welch eine Aufregung für einen gesunden Volksentscheid der Schweizer, immerhin der Wille eines Volkes. In Deutschland darf man ein typisches Schwarzwaldhaus nicht an der Nordseeküste bauen, weil es nicht in das Landschaftsbild passt. Das ist auch gut und richtig so.

Als Krankenpfleger in einer Notaufnahme stehe ich an der „Front“ der Gesellschaft und habe viel Kontakt und auch Freunde aus der moslemischen Welt. Solange ich allerdings, so wie meine Kollegin Rosi, von muslimischen Patienten geheißt werde, die Halskette mit dem Symbol des Christentums (Kreuz mit Jesus) abzulegen, weil sie sich „beleidigt“ fühlen, wird es von uns auch keine Toleranz gegenüber einem Minarett geben.

Klaus Wachsmuth, Muespach le Haut, Frankreich

Sehr geehrter Herr Schmid, sehr geehrter Herr Wergin, höchstwahrscheinlich war es keine Absicht, sondern Zufall, dass in der Schweiz das Referendum über den Bau von Minaretten am 1. Advent stattfand. Sicher ist es kein Zufall, dass Sie den 1. Advent bei der Bundeswehr in Kundus zum Aufmacher machen. Noch weniger ein Zufall ist es, dass Sie Soldaten zeigen, die unter dem Kreuz versammelt sind. Für beides bin ich Ihnen ausdrücklich dankbar.

Der Chefredakteur bloggt



Lesen Sie Einschätzungen von Thomas Schmid zu Themen aus Politik, Kultur und Zeitgeschehen unter: schmid.welt.de

Die Frage, die Sie stellen, ist zweifellos richtig, die Antwort des Referendums mag falsch sein. Dennoch: Auch im Italien des 19. Jahrhunderts fand eine Revolution 1848/49 statt: Es war die Erhebung nicht nur gegen die k. u. k. Monarchie im Norden, sondern auch gegen den absolutistischen Kirchenstaat in Mittelitalien; hier wurde ein besonders heftiger Kampf für Gedanken- und Pressefreiheit geführt.

„Im Namen Eurer Prinzipien verlange ich für mich Pressefreiheit; im Namen meiner Prinzipien verweigere ich sie Euch“, wurde zum geflügelten Wort eines klerikalen Polemikers und Verfechters des Absolutismus. Nach diesem Prinzip verfährt heute noch ein Teil der muslimischen Welt. Ist dieses Prinzip akzeptabel? Den Konflikt haben wir damals gelöst, ein Sowohl-als-auch konnte aber nicht helfen. Heute auch nicht.

Dr. Giuseppe Bancale, Nürnberg

Sehr geehrter Herr Schmid, haben Sie einmal in der Schweiz gelebt? Feinfühligere und treffender kann man nämlich dieses ein-

drucksvolle Land gar nicht beschreiben, als Sie es tun. Wer sich jetzt noch über das Minarett-Verbot aufregt, sollte Ihren Artikel lesen – um zu verstehen und um richtig zu beurteilen. Ich versichere Ihnen, dass ein Großteil unserer Bevölkerung auf der Seite der Schweiz steht, obwohl gewisse offizielle Stellen meinen, über sie herfallen zu müssen. Danke für den Artikel.

Ute Coltau, Bad Nenndorf

Die Argumente der Volksinitiative: Das Minarett hat mit Religion nichts zu tun. Das Minarett ist das Symbol des politisch-gesellschaftlichen Machtanspruchs des Islam. Der heutige türkische Ministerpräsident sagte dazu, einen türkischen Dichter zitiierend: „Die Demokratie ist nur der Zug, auf den wir aufsteigen, bis wir am Ziel sind. Die Moscheen sind unsere Kasernen, die Minarette unsere Bajonette, die Kuppeln unsere Helme und die Gläubigen unsere Soldaten.“

Diese Aussage hat mit Religion nichts, dagegen mit politischem Machtanspruch umso mehr zu tun. Dem Minarett wird dabei

die Funktion der Speerspitze der politischen Islamisierung übertragen. Das Minarett hat keine religiöse Funktion. Es wird im Koran nirgends erwähnt. Tausende Moscheen weltweit tragen kein Minarett, ohne dass die Ausübung des islamischen Glaubens damit behindert wird. Das Minarett ist ein Symbol von politischem Machtanspruch, vergleichbar den Forderungen nach Ganzkörper-Verhüllung, der Burka, und nach Tolerierung der Zwangshe. Das Minarettverbot hat die Funktion einer unmissverständlichen Absage an jene Islamisierung der Schweiz, die mit dem islamischen Gesetz in unauflösbaren Gegensatz gerät zu den in der Bundesverfassung gewährleisteten Freiheits- und Grundrechten. Wer in der Schweiz leben will, hat deren Verfassung zu respektieren. Wer mit dem Minarett, als politischer Speerspitze, anderes Recht, die Scharia, durchsetzen will, für den ist in der Schweiz kein Platz. Das Minarettverbot verschafft dieser Haltung Nachdruck.

Gerd Inholz, Schweizer Staatsbürger, Hamburg